Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9099**
16. Wahlperiode 07. 05. 2008

Antrag

der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Kai Gehring, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Anna Lührmann, Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kohlesubventionen für das Saarland in Strukturhilfen umwandeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Steinkohlebergbau in der saarländischen Grube Ensdorf ist nicht mehr zu verantworten. Die Gefahr, dass bei einem Weiterbetrieb nach wie vor die Einwohner der Region massiv beeinträchtigt werden, verbietet, dass weiter Steinkohle abgebaut wird.

Durch das Erdbeben der Stärke 4 auf der Richterskala im Februar 2008 hatte der Bergbau im Saarland zunächst ein plötzliches Ende gefunden. Die von der Landesregierung genehmigte Wiederaufnahme der Förderung bedeutet zum einen, dass weiter die Gesundheit und das Eigentum der Menschen bedroht sind und unabsehbare weitere Umweltschäden verursacht werden. Zudem ist das Fortbestehen vorhandener und die Ansiedlung neuer Betriebe an der Saar gefährdet.

Die nochmals stark gestiegenen durchschnittlichen Förderkosten verschlingen zudem Mittel, die an anderer Stelle sinnvoller einzusetzen wären. Dies stellt eine Verschwendung von Steuermitteln dar.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die durch den Kohlekompromiss bislang vorgesehenen Subventionen für die Steinkohleförderung im Saarland zu beenden und dadurch freiwerdende Mittel für den Strukturwandel im Saarland einzusetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein sozialverträglicher Ausstieg aus der deutschen Steinkohleförderung deutlich früher als bislang geplant möglich ist und damit öffentliche Gelder in Milliardenhöhe in Zukunftsinvestitionen gelenkt werden können. Der Bund sollte die Landesregierung des Saarlandes dazu ermuntern, in dieser zentralen Frage vorausschauende Strukturpolitik zu betreiben. Sinnvoll ist es, die freiwerdenden Mittel zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zu nutzen, weil so ein Ersatz für die Nutzung von Kohle zur Stromproduktion geschaffen werden kann.

Die Umwidmung der Kohlesubventionen in Strukturhilfen und die Finanzierung sozialverträglicher Übergangshilfen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ohne die Zustimmung der Bundesregierung nicht möglich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– sich dafür einzusetzen, dass der Steinkohlebergbau schnellstmöglich beendet wird. Es darf keinen Bergbau geben, der unabsehbare gesundheitliche Schäden für die Menschen mit sich bringt, Wohngebäude und Betriebsgebäude zu schädigen droht, damit die Standortqualität des Saarlandes beeinträchtigt und zukunftsträchtigere wirtschaftliche Aktivität verhindert;

– sich bei der Ruhrkohle AG, der Bundesagentur für Arbeit und der Europäischen Union dafür einzusetzen, in einem „Solidarpakt Bergbau" sozialverträgliche Lösungen zu finden und insbesondere über Strukturhilfen neue Arbeitsplätze vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zu schaffen;

– die durch den Kohlekompromiss bislang vorgesehenen Steinkohlesubventionen, die für den Abbau in der Grube Ensdorf vorgesehen waren, auszusetzen und dadurch die Finanzierung von Strukturhilfen und der sozialverträglichen Lösungen sicherzustellen

– und hierzu schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Berlin, den 5. Mai 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333